

# Chemie in tausend Metern Tiefe

## **In NRW protestieren Bürger, Umweltschützer und Wasserwerker gegen geplante Erdgasbohrungen: Sie fürchten eine Verseuchung des Trinkwassers durch giftige Stoffe**

AUS DÜSSELDORF ANDREAS WYPUTTA

Im Umweltausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags herrschte Aufregung: Warum bei der Suche nach Erdgas nahe dem Dorf Oppenwehe in Ostwestfalen 25.000 Liter Diesel in die Erde gepresst wurden, wollte am späten Mittwochnachmittag der CDU-Abgeordnete Rainer Deppe wissen - das sei die Ladung "eines ganzen Tanklastzugs".

Der Grund für die Aufregung: Konzerne wie ExxonMobil oder Wintershall sind in großen Teilen Nord- und Westdeutschlands auf der Suche nach sogenanntem unkonventionellem Gas. Bisher lohnte sich die Förderung kaum - das Gas steckt tief in der Erde, ist in Kohlevorkommen, aber auch in Sandstein- und Schieferschichten gebunden. Mit steigenden Energiepreisen jedoch nehmen die Konzerne auch solche Lagerstätten ins Visier. Unter der im vergangenen Jahr abgewählten schwarz-gelben Landesregierung Nordrhein-Westfalens wurden seit 2005 fast 20 Förderfelder vergeben, die insgesamt knapp 18.000 Quadratkilometer groß sind - das ist mehr als die Hälfte des bevölkerungsreichsten Bundeslands. Vermutet werden hier über 2.000 Kubikkilometer Gas - das wäre das zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas.

Doch die Gassuche trifft auf heftigen Widerstand von Umweltschützern, Anwohnern und Wasserversorgern. Sie alle fürchten eine Verseuchung des Wassers ähnlich wie in den USA. Denn das Gas soll mit der Methode des "Hydraulic Fracturing", kurz Fracking, gewonnen werden: Um an den Energieträger zu gelangen, wird mit einem Druck von über 1.000 Bar ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien tausende Meter tief in den Untergrund gepresst. Die Gesteinsschichten werden aufgesprengt, das bisher eingeschlossene Gas kann nach oben entweichen. "Beim Fracking kommen pro Bohrung bis zu 200 verschiedene Chemikalien zum Einsatz - und das tonnenweise", warnt etwa Dirk Jansen vom Bund für Umwelt und Naturschutz in NRW. "Darunter sind Gifte und Gefahrstoffe wie Benzol und Toluol, aber auch Säuren und Biozide."

Behörden wie das niedersächsische Landesamt für Bergbau dagegen erklären das Risiko beim Fracking für "vertretbar" und verweisen auf Erkenntnisse der US-Umweltbehörde EPA. Dabei hat die das Fracking bisher lediglich in Kohleschichten, nicht jedoch in porösen Schieferformationen abschließend ausgewertet: Ein Forschungsvorhaben für den porösen Schiefer wurde erst im Februar gestartet. Für Niedersachsen, wo bereits seit 1977 gefrackt wird, steht dennoch fest, dass "die Frac-Flüssigkeit aufgrund des hohen Wasseranteils im Allgemeinen keine gefährliche Zubereitung nach Chemikalienrecht darstellt". Doch auch das Amt räumt ein, dass "einzelne Additive als giftig eingestuft sind".

Die Energiekonzerne argumentieren, ihre Bohrungen aus einzementierten Stahlrohren seien dicht. Und oberflächennahe Grundwasservorkommen seien von den mit dem Chemikaliencocktail aufgesprengten Gesteinsschichten "durch das in der Regel aus Ton- und Salzschiefer bestehende, mehrere hundert Meter mächtige Deckgebirge" abgetrennt, sagt etwa ein Sprecher von Wintershall.

Dennoch hat Nordrhein-Westfalens rot-grüne Regierung nun ein Moratorium für Probebohrungen verhängt und will wie die CDU und Linkspartei im Bundesrat eine Änderung des Bergrechts durchsetzen. Denn das schützt vor allem die Konzerne: Umweltverträglichkeitsprüfungen oder auch nur die Information der Anwohner sind bisher nicht vorgesehen.

Beim "Fracking" werden Chemikalien in den Boden gepumpt, um das Gas zu lösen

13mai2011

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2011%2F05%2F13%2Fa0152&cHash=dd030f7795>